

FACHSTELLE E-GOVERNMENT AARGAU

Tellistrasse 67, 5004 Aarau
Telefon 062 835 24 24, Fax 062 835 24 13

An alle
Gemeinden des Kantons Aargau

20. November 2013

E-Government Aargau; Update

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Mai 2013 wurden Sie von der Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau über den Stand des Projekts E-Government Aargau informiert. Seither ist bereits wieder ein halbes Jahr vergangen. Höchste Zeit also, Sie wieder auf den neusten Stand zu bringen.

Die Fachstelle E-Government hat ihre Tätigkeit im Juni 2013 aufgenommen und die organisatorischen Strukturen geschaffen. Die erste Sitzung des Steuerungsgremiums hat am 1. Juli 2013 stattgefunden, die zweite am 17. Oktober 2013.

Den nachfolgenden Seiten können Sie anhand einer nicht abschliessenden Zusammenfassung entnehmen, welche Tätigkeiten mit Gemeindebezug die Fachstelle E-Government Aargau begleitet und vorantreibt.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an die Fachstelle E-Government des Kantons Aargau:

Beauftragte der Gemeinden

Gérald Strub; Telefon 079 622 73 55, gerald.strub@publis.ch

Manuel Bruder 079 198 37 69, manuel.bruder@publis.ch

c/o Publis Public Info Service AG

Niederlenzerstrasse 25

5600 Lenzburg

Wir wünschen Ihnen viel Spass bei der Lektüre.

Aktivitäten von E-Government Aargau mit Gemeindebezug

Fundservice Schweiz

Seit dem 1. Oktober 2013 ist die Suche nach verlorenen Gegenständen auch im Aargau zu jeder Tages- und Nachtzeit bequem per Internet möglich. Anfangs Oktober wurden die ersten Gemeinden aus dem Kanton für den landesweit verfügbaren "Fundservice Schweiz" freigeschaltet. Die Vereinheitlichung von Fundsachensuche und -verwaltung soll das Wiederauffinden von verlorenen Gegenständen erleichtern und dadurch die Vermittlungsquote erhöhen.

Da sich das volle Potenzial des Angebots erst bei einer flächendeckenden Einführung entfalten kann, wird eine Beteiligung aller Gemeinden angestrebt. Um dieses Ziel möglichst rasch zu erreichen, erhalten Gemeinden, welche den Vertrag noch in diesem Jahr unterzeichnen, eine Anschubfinanzierung durch die Fachstelle E-Government Aargau.

Baugesuche bewilligen – Online Portal für Baugesuche

Im Rahmen des kantonalen E-Government Projektportfolios will der Kanton Aargau als Dienstleistung für die Abwicklung von Baugesuchen ein Online-Portal für Baugesuche anbieten. Nutzniesser sind einerseits der Kanton selber und andererseits alle Aargauer Gemeinden. Ziel ist es, dass möglichst alle Baugesuche im Kanton bzw. der gesamte Baugesuchsprozess medienbruchfrei als E-Government-Dienstleistung über ein automatisiertes Baugesuchportal abgewickelt werden können. Selbstverständlich können Baugesuche auch weiterhin, wie bisher auf dem "Papierweg" eingereicht werden.

Die Abwicklung von Baugesuchen soll möglichst kantonsweit standardisiert und durch ein Baugesuchportal elektronisch unterstützt und optimiert werden. Dieser neue Service soll im Rahmen des Kantonsvertrages zwischen dem Kanton Aargau und den Aargauer Gemeinden als gemeinsames E-Government-Projekt umgesetzt werden, vgl. Handlungsschwerpunkt Nr. 1 "Baubewilligungsverfahren" der priorisierten Projektliste.

Das Endprodukt soll die bereits bestehende E-Government-Infrastruktur des Kantons möglichst optimal nutzen und innerhalb eines positiven Kosten/Nutzen-Verhältnisses umgesetzt werden. Der Projektantrag befindet sich derzeit in der Vernehmlassung in der kantonalen Verwaltung.

Elektronischer Einbürgerungsprozess

Für die Gemeinden lösen die Einbürgerungen einen grossen administrativen Aufwand aus. Die elektronisch unterstützte Abwicklung von Einbürgerungen soll aufgebaut und angeboten werden. Der Antragsteller soll seinen Antrag online erfassen können. Ebenfalls sollen alle erforderlichen Unterlagen elektronisch eingereicht werden können. Die bearbeitenden Gemeinden sollen mit dem Tool unterstützt werden. Den nachfolgenden Bearbeitungsstellen (Kanton, Bund) werden die Antragsunterlagen mit dem Ergebnis der Gemeinde weitergereicht.

Das Projekt „Elektronischer Einbürgerungsprozess“ hat im April 2013 begonnen. Das Kernteam, bestehend aus 3 kantonalen Mitarbeitenden, wird durch eine Begleitgruppe von 3 Gemeindevertretern unterstützt. Namentlich sind dies Toni Meier (Obersiggenthal), Martin Maumary (Riniken) und Nicole Müller (Magden). Die IST- und SOLL-Prozesse sind aufgenommen. Zurzeit werden die die Masken definiert. Es ist geplant, das Pflichtenheft bis im April 2014 fertig gestellt zu haben. Die Realisierung ist von April 2014 bis Mai 2015 vorgesehen, die Einführung ab Juni 2015.

Auf dem Weg zur papierlosen Steuererklärung

Mit der Anwendung eFristen können Aargauer Steuerpflichtige 2013 ihr Fristerstreckungsgesuch erstmals übers Internet einreichen. Hauptziel der Einführung war die Prüfung des Betriebs der Anwendung auf der neuen E-Government Infrastruktur. Dank der regen Nutzung des Angebots durch

die Steuerpflichtigen konnten wertvolle Erfahrungen und Erkenntnisse für die zukünftige Entwicklung der papierlosen Steuerklärung gewonnen werden.

Zudem können im Jahr 2013 Steuerpflichtige in acht Aargauer Gemeinden (Baden, Birrwil, Lenzburg-Niederlenz, Neuenhof, Oftringen, Reinach, Zofingen, Uerkheim) im Rahmen eines Pilotprojekts ihre Steuererklärung erstmals per Internet übermitteln. Ausgewählte Belege können online mitgeschickt werden, das Ausdrucken der Erklärung entfällt. Ziel ist der stetige Ausbau dieser Dienstleistung auf andere Gemeinden.

Raum- und Ressourcenreservation

Der Kanton Aargau, Departement Bildung, Kultur und Sport, hat das E-Government-Projekt "Raum- und Ressourcenreservationstool" im Rahmen einer Voranalyse angestossen. In fast allen Aargauer Gemeinden haben Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit, verschiedene Räumlichkeiten oder Objekte zu mieten. Um zu erkennen, was bei den Gemeinden heute schon vorhanden ist bzw. um einen möglichen Bedarf eines solchen Tools für die Gemeinden abschätzen, hat die Fachstelle E-Government bei den Aargauer Gemeinden eine Umfrage gestartet.

Ziel dieses Projektes ist die Durchführung einer Voranalyse, welche die Anforderungen der Gemeinden, Departemente, Staatskanzlei und Gerichte Kanton Aargau zum Thema Raum- und Ressourcenreservation aufnimmt und die daraus resultierende Schritte dokumentiert.

Gemeindcockpit

Wie das Flugzeugcockpit den Piloten, stellt das an der Berner Fachhochschule entwickelte Gemeindcockpit den kommunalen Führungskräften die für ihre Aufgaben relevanten Informationen zur Verfügung. Dank Webtechnologie steht es örtlich genau dort zur Verfügung, wo es gebraucht wird: Im Sitzungsraum des Gemeinderates, am Bildschirm der Verwaltungskader oder im privaten Büro einer Gemeinderätin. Das Gemeindcockpit ist ein übergeordnetes Führungsinstrument mit abgrenzbaren Zugriffsrechten. Es erlaubt, die Strategie der Gemeinde sichtbar zu machen und deren Umsetzung zu überprüfen. Überdies bietet es interessante Möglichkeiten, um Daten zu analysieren, Massnahmen zu planen und deren Realisierung zu verfolgen. Als Basis dazu werden auch bestehende Daten aus verschiedenen Anwendungen verwendet, etwa aus der Einwohnerkontrolle, aus geographischen Informationssystemen oder aus dem Rechnungswesen.

Die Fachstelle E-Government prüft derzeit einen möglichen Nutzen für Aargauer Gemeinden und Regionalplanungsverbände.

SMARX / PEAX

Hinter «Smarx» steht die Vision einer smart vernetzten Welt, welche basierend auf einem innovativen und vernetzten Gesamtsystem, Kunden mit der Privatwirtschaft und Bürger mit der öffentlichen Verwaltung verbindet.

Das System besteht aus zwei Hauptkomponenten. Zum einen ist dies das zentrale, multifunktionale Online Portal «PEAX» welches das Front-End zu den Benutzern bildet. Zum anderen aus der Prozess-Plattform «Smarx», auf welcher die einzelnen Funktionen umgesetzt werden und an welche die Unternehmen und Verwaltungsstellen angeschlossen sind.

Im August 2013 startete das Forschungsprojekt mit einem 6-monatigen Pilotbetrieb des Online Portals «PEAX», der von der Hochschule Luzern begleitet wird.

E-Government-Workshop vom 18.10.2013

Am 18. Oktober 2013 haben gut 50 Aargauer Gemeindevertreterinnen und -Vertreter den Weg ins Weiterbildungszentrum der Berufsschule Lenzburg gefunden. Ziel dieses Workshops war es, eine aus Sicht der Gemeinden priorisierte Liste von potentiellen E-Government-Projekten zu erstellen. Nach der Begrüssung durch Raymond Tellenbach, Mitglied E-Government-Steuerung des Kantons Aargau, veranschaulichte René Müller in einem spannenden Inputreferat, was E-Government ist und wie dieses grosse Projekt im Kanton Luzern vorangetrieben wird. Herr Müller, Gemeindeschreiber aus der Luzerner Gemeinde Hildisrieden, ist Mitglied der Fachgruppe Prozesse und Informatik des Verbandes der Luzerner Gemeinden.

Die Teilnehmer wurden in sechs Gruppen aufgeteilt und beauftragt, die bestehenden und künftigen bzw. potentiellen E-Government-Projekte aufzuzeigen.

Im Anschluss wurden die Wunsch-Projekte zusammengefasst und aufgrund der persönlichen Ansicht der Anwesenden nach deren Wichtigkeit beurteilt. Die Publis AG als kommunale Vertreter der Fachstelle E-Government Aargau hat die Ergebnisse auf Papier gebracht und eine nach Priorisierung abgestufte Liste erstellt. Diese zeigt nun auf, wo und in welcher Form die Schwerpunkte in der E-Government-Zusammenarbeit mit dem Kanton Aargau zu legen sind.

Die Projektliste wird den Aargauer Gemeinden im 1. Quartal 2014 zugänglich gemacht.

Kommunale Fachgruppe Prozesse

Im Rahmen der E-Government Zusammenarbeit haben sich Ende August die kommunalen Vertreter der Fachstelle E-Government Aargau mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Gemeindepersonal-Fachverbände zum Gedankenaustausch getroffen. Die Aargauischen Gemeindepersonal-Fachverbände beabsichtigen, die Fachgruppe Prozesse (FaPro) einzusetzen. Die Fachgruppe hat unter anderem die Aufgabe, als Bindeglied zwischen den Gemeindepersonal Fachverbänden und den kommunalen Vertreter der Fachstelle E-Government Aargau zu wirken. Diese Fachgruppe soll dazu beitragen, die Interessen der Gemeinden direkter sicherzustellen. Das Dokument befindet sich derzeit in der Vernehmlassung bei den Gemeindepersonal-Fachverbänden.

E-Government Strategie Kanton Aargau > E-Government Strategie Aargau

Die E-Government Strategie des Kantons Aargau soll zur E-Government Strategie Aargau überarbeitet werden. Folglich sollen sich auch, bzw. im Speziellen, die Gemeinden darin wiederfinden, betreffen doch eine Vielzahl von künftigen E-Government-Projekten weitgehend gemeindeeigene Prozesse. Die Fachstelle E-Government des Kantons Aargau überarbeitet zu diesem Zweck die bestehende Strategie und gibt diese in der ersten Hälfte 2014 den Gemeindepersonal-Fachverbänden in die Vernehmlassung.

Auftritt von E-Government Aargau

Um Identität und Akzeptanz für die künftige Zusammenarbeit im Bereich E-Government zu schaffen, erscheint die Fachstelle E-Government im neuen Kleid. Der Steuerungsausschuss E-Government Kanton Aargau hat dem Vorschlag der Fachstelle am 17. Oktober 2013 zugestimmt und diese damit bemächtigt, die Ausgestaltung der Layouts für Homepage, Briefverkehr, usw. an die Hand zu nehmen. Wir freuen uns, Ihnen im 1. Quartal 2014 den neuen, frischen Auftritt von E-Government Aargau präsentieren zu können.

Projekte auf eidgenössischer Ebene mit Gemeindebezug

Vote électronique

Seit dem Jahr 2010 führt der Kanton Aargau erfolgreich Versuche mit Vote électronique (E-Voting) für die stimmberechtigten Auslandschweizer des Kantons durch. Diese erste Versuchsphase wurde im Jahr 2012 abgeschlossen. Der Kanton Aargau plant nun die Ausweitung der Versuche auf einzelne Pilotgemeinden im Kanton Aargau. Die Entwicklung von Vote électronique im Kanton Aargau ist eingebettet in eine gesamtschweizerische strategische Planung zu Vote électronique und folgt auch der E-Government Strategie des Kantons.

E-Umzug

Einwohner der Schweiz sollen künftig den Behörden einen Umzug (Adressänderung innerhalb der Gemeinde, Zuzug, Wegzug) über das Internet bekannt geben können. Ein Besuch bei der Wegzugs- und Zuzugsgemeinde ist nicht mehr nötig. Die Behörden sorgen dafür, dass alle zu informierenden Verwaltungsstellen die Adressänderung, resp. Wegzugs- / Zuzugsmeldung erhalten (z.B. Steueramt, Militär, Strassenverkehrsamt, Fremdenpolizei etc.) und entlasten so die Einwohner von der Pflicht, selbst zu garantieren, dass alle nötigen Stellen informiert sind. Auf Wunsch wird die Adressänderung auch privaten Unternehmen gemeldet (z.B. Elektrizitäts- und Wasserwerke, Telecom-Anbieter). Damit wird ein in Bevölkerungs-Umfragen am häufigsten gewünschte elektronische Behördendienstleistung realisiert.

Als federführende Organisation fungiert der Verband der Schweizerischen Einwohnerdienste. Gemäss offiziellen Angaben soll die Einführung im Mai 2014 beginnen, wobei die grosse Verbreitung ab 2015 vorgesehen ist.

E-Rechnung

Das Vorhaben E-Rechnung strebt die Durchdringung der E-Rechnung in den öffentlichen Verwaltungen der Schweiz an. Dies umfasst erstens den Empfang von Lieferantenrechnungen in elektronischer Form sowie die anschliessende elektronische Weiterverarbeitung der Rechnungsdaten in einem systemgestützten Kreditoren-Workflow. Innerhalb des Vorhabens E-Rechnung wird auch die mittels Scanning/Digitalisierung mögliche elektronische Weiterverarbeitung von Papierrechnungen unterstützt.

Zweitens gehört zum Vorhaben E-Rechnung die Förderung des Versandes von elektronischen Rechnungen durch die öffentlichen Verwaltungen und drittens die Förderung des E-Payment. Darunter wird die elektronische Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen verstanden, die über die Internetplattform einer Organisationseinheit der öffentlichen Verwaltungen bezogenen wurden. Eine erste Bestandsaufnahme wurde bei den Aargauer Gemeinden durch die Fachstelle E-Government bereits durchgeführt.

20. November 2013